



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 08.06.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz
Zeit: 17:00 Uhr bis 19:55 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Christian Feigl	Ausschussvorsitzender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 18:25 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:16 Uhr
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme bis 18:34 Uhr
Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kresse	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner
Michael Sprung	Sachkundiger Einwohner
Dr. Thomas Vetter	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Brigitta Ziegenbein	Leiterin Abteilung Stadtplanung
Kathrin Böger	Leiterin Team Förderung/ Bewilligung/ Haushalt
Simone Trettin	Leiterin Team Freiraumplanung
Ortrud Diemer	Stadtplanerin, Team Stadtentwicklung
Dr. Steffen Fliegner	Projekt- und Prozessmanager Stadtumbau, Team Stadtentwicklung
Vanessa Gaebel	stellvertretende Protokollführerin

Gäste:

Erhard Krüger	Hallesche-Verkehrs AG, Betriebsleiter Straßenbahn
---------------	---

Entschuldigt fehlten:

Herr Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Alexander Keck	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragen

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Feigl**, eröffnete die Sitzung und stellte anhand namentlicher Aufrufe der Mitglieder und akustischer Bestätigung des aufgerufenen Mitgliedes die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sehrndt sagte, dass die Niederschriften der letzten Sitzung nicht im Session hinterlegt sind.

Herr Feigl sagte, dass er zum Punkt Niederschriften darauf eingehen wird.

Da es keine weiteren Anmerkungen oder Änderungen gab, bat **Herr Feigl** um die namentliche Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.05.2021
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02205
- 4.2. Förderung Systemanpassung Trinkwasserleitung – Ablösung von I-Gangleitungen Heide-Nord, Teilgebiet Ost
Vorlage: VII/2021/02386
- 4.3. Bebauungsplan Nr. 75.1 1. Änderung Dessauer Platz, SB-Warenhaus - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2021/02343
- 4.4. Baubeschluss zum Spielplatz Hanoier Straße
Vorlage: VII/2021/02495
- 4.5. Stadtbahnprogramm Halle (Saale) Stufenbeschluss zur Stufe 3
Vorlage: VII/2021/02401

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Nachhaltiges Bauen
Vorlage: VII/2021/02498
 - 5.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Premiumradroute Saaleradweg - D 11 Route
Vorlage: VII/2021/02531
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.05.2021

Herr Feigl wies darauf hin, dass die Niederschriften der Mai-Sitzung im nächsten Planungsausschuss vorgelegt und abgestimmt werden.

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02205**

Herr Rebenstorf führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Feigl merkte an, dies heute als erste Lesung zu betrachten, um darüber zu diskutieren.

Herr Eigendorf begrüßte die Wohnbauflächenbedarfsermittlung und den Fokus, der auf die Innenentwicklungspotenziale der Stadt gesetzt wird. Er sagte, dass es sinnvoll ist, bei den vorgeschlagenen Flächen über eine Priorisierung zu sprechen und dass schon bei dem integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) der Wille einer kompakten, funktionsgemischten Stadt bestand. Er fragte, ob die Möglichkeit besteht, die Flächen zu Reduzierung und zu priorisieren. Des Weiteren sagte er, dass bezüglich der Einfamilienhäuser ein Angebotsüberhang besteht und fragte, ob großflächigere Wohnungen oder Eigentumswohnungen angeboten werden und welche Alternative es zu Einfamilienhäusern gibt.

Herr Rebenstorf wies auf den Beschlusspunkt Nummer drei hin und zitierte diesen. Er sagte, dass diese Themen im Hinterkopf sind und schlug für die nächste Sitzung einen Vortrag vor, in dem kleineren Flächen betrachtet werden, die im Bestand noch vorhanden sind und hier exemplarisch durchgeht, um die Schwierigkeiten und Einschränkungen zu sehen. Er merkte an, dass Lettin den Vorteil hat, sich an das Plattenbaugebiet Heide-Nord anzuschließen und dadurch eine bessere soziale Durchmischung erreicht werden kann. Zum Mehrfamilienhaus und zur Nutzung als Eigentumswohnung sagte er, dass Eigentumsbildung meist im Bereich des Einfamilienhauses stattfindet, aber die Möglichkeit besteht eine Werbekampagne zum Mehrfamilienhaus zu starten. Er wies darauf hin, dass eine große Nachfrage besteht und der Saalekreis eine große Konkurrenz ist.

Herr Feigl begrüßte ebenfalls die Beschlussvorlage. Er merkte an, dass in der Bevölkerungsprognose von einem Wachstum von 7000 bis 8000 Einwohnern ausgegangen wird. Er sagte, dass 4350 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau vorgesehen sind und 950 Wohneinheiten im Einfamilienhausbereich, was in der Summe 5300 Wohnungseinheiten sind. Er äußerte, dass dieser Stand erstmal bis 2040 abgearbeitet werden soll, da ein Bedarf erstmal nicht da ist. Er kritisierte, dass der Leerstand nicht betrachtet wurde, welcher zum Beispiel in der Silberhöhe vorhanden ist und dass im Geschosswohnungsbau kein zusätzlicher Leerstand entstehen soll.

Herr Rebenstorf antwortete, dass nochmal Leerstand verschwinden wird. Er sagte, dass die Wohnungsgrößen des Plattenbaus in der Entstehungszeit funktionierten, aber diese in der heutigen Zeit nicht mehr den Anforderungen genügen. Herr Rebenstorf merkte an, dass bei den Plattenumbauprojekten automatisch Wohnungen „verschwinden“, zum Beispiel durch ab staffeln, größere Dachterrassen oder dass aus zwei kleinen Wohnungen eine große Wohneinheit entsteht. Er sagte, dass also nicht zu viel Leerstand besteht, sondern nur an den falschen Stellen und der Leerstand am Stadtrand schrumpfen muss und dieser durch Differenzierung und nicht durch Flächenabriss verschwindet.

Frau Diemer antwortete zur Bevölkerungsprognose, dass bei dem Bedarf in quantitativ und qualitativ unterschieden werden muss. Sie sagte, dass bei dem qualitativen Bedarf die Nachfrage im Eigenheimsegment und die Nachfrage nach Neubauqualität besteht und der Wohnungsbaubedarf rein auf der qualitativen Nachfrage basiert. Die Nachfrage im Eigenheimsegment soll gedeckt werden, um zu verhindern, dass die Menschen ins Umland ziehen. Sie merkte an, dass wenn kein Angebot besteht, die Bevölkerungsentwicklung automatisch sinkt.

Herr Rebenstorf fasste zusammen, dass es nicht um Quantität, sondern um Qualität geht und diese zu steigern, um die Nachfrage zu befriedigen.

Herr Feigl sagte, dass die Zahlen allerdings bleiben, da das, was an der einen Stelle dazukommt, an der anderen Stelle wegfällt. Zum Thema Flächenbedarfe auf Seite 36, zitierte er, dass ein Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung ist, den Flächenverbrauch in Deutschland bis 2030 auf 30 ha im Jahr zu begrenzen. Er merkte an, dass Halle 4 ha im Jahr in Anspruch nehmen könnte und es nicht nur um Versiegelung, sondern um Inanspruchnahme von Flächen geht. Er sagte, dass die Stadt 78 ha in den 19 Jahren an Fläche verbrauchen kann und hier noch keine Industrieansiedlung, Gewerbeflächen, Infrastrukturen und Schulen einbezogen sind. Herr Feigl führte aus, dass alleine aus den Projekten, die zurzeit in der Pipeline stehen, der Wohnbedarf abgedeckt wird. Er bat um die Ergänzung der Leerstandzahlen für die Stadt und eine tabellarische Übersicht, welche Projekte zurzeit in der Planung und Entwicklung sind. Des Weiteren bat er um eine tabellarische Zusammenstellung über die Flächen, die in dem alten Flächennutzungsplan enthalten sind, aber noch nicht umgesetzt wurden.

Herr Rebenstorf sagte zum Thema Hektar und Flächeninanspruchnahme, dass dies nicht mit dem bundesdeutschen Durchschnitt verglichen werden darf, da die Ostdeutschen Städte zu den Westdeutschen Großmetropolen massive strukturelle Probleme haben und daher die Qualität gesteigert werden muss. Er sagte, dass die Rechnung von Herrn Feigl in der Gesamtbilanz Deutschland stimmen mag, aber wenn es auf die einzelnen Regionen runtergebrochen wird, zum Beispiel München keine Flächen mehr versiegeln darf. Zum Thema Leerstand und Umbau sagte er, dass Leerstand in der Stadt nicht im Einfamilienhausbereich besteht, sondern ein struktureller Leerstand in den Plattenbaugebieten vorhanden ist und daher eine Qualifizierung in den nächsten Jahren stattfinden muss. Er sicherte eine tabellarische Übersicht der Anregungen von Herrn Feigl für die nächste Sitzung zu.

Herr Dr. Fliegner ergänzte zu den Flächenzielen, dass die süd- und westdeutschen Städte ein höheres Niveau bezüglich infrastruktureller Ausstattung besitzen und Halle etwa 30 ha im Jahr versiegeln darf und dies in 20 Jahren 600 ha sind, welche die Stadt Halle versiegeln darf, hier aber alle Flächenbedarfe, also auch Industriebedarf etc. mit eingerechnet ist. Zur Bevölkerungsprognose sagte er, dass Corona bedingt eine ausgebliebene Zuwanderung in den Großstädten erfolgte und daher sehr starke Nachholeffekte erwartet werden. Des Weiteren wird erwartet, dass es aus den Wirtschaftsräumen in Europa die von der pandemischen Entwicklung schwerer betroffen sind, eine verstärkte Zuwanderung in die wirtschaftsstarken europäischen Regionen gibt, die nicht so stark von der Pandemie betroffen waren und wirtschaftlich bessere Chancen bieten. Er merkte an, dass Gutachter sagten, dass die Stadt Halle nur eine Chance für eine stabile langfristige Bevölkerungsentwicklung hat, wenn die vergleichsweise hohe Suburbanisierung deutlich abgebremst wird.

Frau Winkler begrüßte ebenfalls die Beschlussvorlage. Sie sagte, dass die belastbare Einschätzung der Klimawirkung in dem Konzept intensiver betrachtet werden sollte.

Herr Streckenbach begrüßte ebenfalls die Beschlussvorlage. Er fragte, ob vorgeschrieben werden kann, wie gebaut werden soll und sagte, dass Personen die ein Einfamilienhaus planen, nicht mit einer Neustrukturierung im Plattenbau oder durch den Neubau von Geschosswohnungen in der Innenstadt überzeugt werden können. Er begrüßte dass auch die Innenentwicklungspotenziale untersucht werden. Er fragte zum Thema Baulücken und sanierungsbedürftige Gebäude, inwieweit dass in die Thematik eingeflossen ist und inwieweit man mit den Eigentümern zusammenarbeiten kann, um diese Baulücken zu füllen.

Herr Rebenstorf bedankte sich für die Hinweise und sagte, dass zum Beispiel, die Industriestraße schon im Bedarf mitberücksichtigt wurde. Außerdem wird noch kleinteiliger Geschosswohnungsbau mit abgebildet, wie im Schafschwingelweg in Heide-Nord. Zum Thema Leerstand und Baulücken sagte er, dass was an Lücken noch vorhanden ist mitberücksichtigt wurde und dafür kein B-Plan Verfahren benötigt wird.

Frau Diemer ergänzte, dass die Baulücken nur zum geringen Teil für Einfamilienhausbau geeignet sind, es aber trotzdem wenige Baulücken gibt, bei denen eingeschätzt wurde, dass diese dafür anwendbar sind.

Herr Feigl sagte, dass wenn junge Familie nach Eigentum streben, vorrangig geschaut wird, was die Region anbietet. Er merkte an, dass wenn ein breit gefächertes Angebot an Modellen vorliegt, ein gewisser Anteil derer die ein klassisches Eigenheim bauen würden, für andere Modelle begeistern kann.

Herr Schied fragte, ob aber auch der Rückfluss aus dem Saalekreis mit einberechnet wurde, da dieser im Alter, aufgrund der besseren Infrastruktur, oft erfolgt. Die Fläche Dautzsch-Süd sieht er kritisch, da dieses Gebiet noch nicht erschlossen ist. Des Weiteren fragte er, ob die

Stadt an alternative Wohnformen gedacht hat, wie zum Beispiel Tiny-Häuser, ob dafür auch Flächen vorgesehen sind und ein Angebot gemacht wird. Er bejahte, dass die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt dazu führen würde, dass die Menschen weniger Eigenheime bauen und eher in der Stadt wohnen bleiben.

Herr Rebenstorf antwortete zur Attraktivität der Innenstadt, dass dann ein qualitativer Geschosswohnungsbau benötigt wird, damit die ältere Generation diesen nutzen kann um für die jüngere Generation das Eigenheim freizumachen. Er sagte, dass Büschdorf, Reideburg und Dautzsch als dem Halleschen-Osten, die „Mitte“ fehlt und daher sich die Entwicklung in Dautzsch-Süd anbieten würde, was aber erst langfristig geplant ist.

Frau Diemer antwortete zu alternative Wohnformen, dass das Interesse besteht, die Stadt hier aber mehr Grundstücke zu guten Preisen anbieten muss. Sie sagte, dass es diesbezüglich schon zwei Konzeptvergaben gab, die aber nicht zur Realisierung gekommen sind, sowohl eine Fläche für Neubau als auch die alte Schule in Lettin, die für Baugemeinschaften ausgeschrieben war.

Herr Rebenstorf wies darauf hin, dass es nicht auf die eine Lösung hinauslaufen wird.

Herr Sprung begrüßte ebenfalls die Beschlussvorlage. Er sagte, dass er auch ein Problem bei der Flächenversiegelung sieht. Er sagte, dass noch mehr Gebiete benötigt werden, damit die Vielfaltigkeit und die Individualität der Menschen, die hier herziehen, nicht eingebremst wird. Sein Fazit ist, mehr Flächen und mehr solcher Konzepte.

Herr Dreher kritisierte die Dimension der neuen Flächenausweisung für Eigenheimbau in Lettin und Dautzsch. Er regte an, Anteile der Flächen in Dautzsch und in Lettin für Flächenpools oder Ökokonten zu widmen, da die Stadt Ausgleichsflächen braucht. Dies kann auch der Wiedervermarktung für Vorhaben Dritter dienen und es so zu einer erheblichen Steigerung der Attraktivität der Eigenheimsiedlung kommt und damit auch klimaschutztechnisch sinnvoll ist.

Herr Rebenstorf sagte zum Thema Klimawirkung, dass dies nicht außen vorgelassen wird und in den nächsten Schritten vertieft untersucht wird. Er sagte, dass dieses Projekt natürlich ein Eingriff in die Natur bedeutet und dies Auswirkung auf das Klima hat, aber es heutzutage Möglichkeiten gibt, wie dies sehr abgemildert werden kann, wie zum Beispiel Regenrückhaltung auf dem eigenen Grundstück.

Herr Feigl merkte an, dass die Beschlussvorlage schon sehr konkret ist.

Frau Dr. Kreuzfeldt sagte zum Thema alternative Wohnformen, dass dies unter anderem auch Gemeinschaftswohnen und generationsübergreifendes Wohnen ist und bat darum, dass dieses Thema in der Wohnbaukonzeption nochmal aufgegriffen und konkretisiert wird, wo so etwas möglich ist oder ob dafür Flächen geschaffen werden können.

Herr Rebenstorf antwortet, dass es da ganz konkret um den Nutzer geht und dass es heute erstmal nur um die grundsätzliche Frage der Flächenausweisung geht. Er sagte, dass sich die genaue Nutzung dann später, wenn es konkreter wird ergibt.

Herr Feigl stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Rebenstorf wies darauf hin, dass er bei Fragenbedarf gerne direkt in die Fraktionen kommt, um diese zu beantworten oder Fragen per Mail zugesendet werden.

Herr Feigl bat um die namentliche Abstimmung des Vertagungsantrages.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

**zu 4.1 Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02205**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt die in der Anlage vorgelegte Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale) als Grundlage für die Ausweisung von Wohnbauflächen im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan und als Entscheidungsgrundlage für Wohnungsbauprojekte.
2. Die Stadt Halle (Saale) nimmt die obere Variante der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose 2020 – 2040 als Grundlage für den Flächennutzungsplan. Dementsprechend wird die Flächenvorsorge für den Wohnbauflächenbedarf im Mehrfamilienhaus- und Eigenheimsegment von der oberen Prognosevariante abgeleitet.
3. Die Stadt Halle (Saale) mobilisiert prioritär Innenentwicklungsflächen, um die Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich zu minimieren. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, weitere Innenentwicklungspotenziale vertieft auf ihre Eignung zu prüfen. Dazu zählen insbesondere, nicht mehr benötigten Gewerbeflächen, Stadtumbauflächen und anderen Baubrachten, die durch Flächenrecycling als Wohnbauflächen nutzbar gemacht werden könnten.
4. Die Stadt Halle (Saale) weist im erforderlichen Umfang unter Beachtung stadtklimatischer und freiraumplanerischer Aspekte auch Flächen im Außenbereich für das Eigenheimsegment im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan aus. Dabei wird auf eine verdichtete Bauweise gesetzt, um die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren.
5. Die Stadt Halle (Saale) strebt zur Deckung des Bedarfs an Bauflächen im Eigenheimsegment auch die Entwicklung großflächiger Eigenheimstandorte an. Es sollen neue Stadtquartiere mit urbanen Qualitäten wie ÖPNV-Anbindung, infrastruktureller Ausstattung, hoher Qualität des öffentlichen Raums entstehen und dabei Ressourcen und Kosten effizient eingesetzt werden.
6. Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
 - für die kurzfristig mobilisierbare Umnutzungsfläche in Bruckdorf-Nord Baurecht zu schaffen
 - die Entwicklung eines großflächigen Eigenheimstandorts in Lettin-Süd durch Erweiterung der bereits im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbaufläche hinsichtlich ihrer städtebaulichen Entwicklungs- und Realisierungsoptionen zu prüfen,
 - die potenzielle Umnutzungsfläche Dautzsch-Süd im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vertieft auf ihre Eignung zu prüfen und im Bedarfsfall als Ersatzfläche für solche Standorte auszuweisen, die künftig nicht mehr als Wohnbauflächen in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden.

zu 4.2 Förderung Systemanpassung Trinkwasserleitung – Ablösung von I-

Gangleitungen Heide-Nord, Teilgebiet Ost
Vorlage: VII/2021/02386

Herr Rebenstorf führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl**, um die namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.2 Förderung Systemanpassung Trinkwasserleitung – Ablösung von I-Gangleitungen Heide-Nord, Teilgebiet Ost
Vorlage: VII/2021/02386

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt, die Redimensionierung von Trinkwasserleitungen in Heide-Nord, Teilgebiet Ost, mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von insgesamt max. 229.438,02 Euro (netto) aus dem Städtebauförderungsprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung, Programmbereich: Aufwertung“, zu fördern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Fördervereinbarung in Höhe der förderfähigen Kosten, jedoch begrenzt auf maximal 229.438,02 Euro (netto) zu schließen.

zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 75.1 1. Änderung Dessauer Platz, SB-Warenhaus - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2021/02343

Herr Schied bedankte sich, dass die Anregung zum Thema Anbindung Rad- und Fußverkehr angenommen wurde. Er fragte, ob eine Erneuerung der Zuwegung zum Paulusviertel, entlang des Tierheimes vorgenommen wird, da hier viele Radfahrer und Fußgänger unterwegs sind. Er bedauerte, dass keine Verbesserung der Ampelanlage vorgenommen wird.

Frau Dr. Ziegenbein sicherte eine Beantwortung zum Thema Erneuerung der Zuwegung zum Paulusviertel, entlang des Tierheimes zu. Sie merkte an, dass sich dieser Bereich aber außerhalb des besprochenen B-Plans befindet.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl**, um die namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 75.1 1. Änderung Dessauer Platz, SB-Warenhaus - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2021/02343

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 75.1 1. Änderung „Dessauer Platz, SB-Warenhaus“ in der Fassung vom 08.03.2021 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 75.1 1. Änderung „Dessauer Platz, SB-Warenhaus“ in der Fassung vom 08.03.2021 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 4.4 Baubeschluss zum Spielplatz Hanoier Straße
Vorlage: VII/2021/02495**

Herr Rebenstorf führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl**, um die namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.4 Baubeschluss zum Spielplatz Hanoier Straße
Vorlage: VII/2021/02495**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, für die Neugestaltung des Spielplatzes Hanoier Straße auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung des Spielplatzes Hanoier Straße.

**zu 4.5 Stadtbahnprogramm Halle (Saale) Stufenbeschluss zur Stufe 3
Vorlage: VII/2021/02401**

Herr Feigl bat um die Abstimmung für das Rederecht für Herrn Krüger von der Halleschen-Verkehrs AG.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Rebenstorf führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Herr Krüger von der Halleschen-Verkehrs AG ergänzte die Einführung in die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Krimmling-Schoeffler merkte zur Finanzierung an, dass Herr Krüger sagte, dass die Eigenmittel bei 10 Prozent liegen, aber die 62 Millionen Euro von den 250 Millionen Euro, 25 Prozent sind. Sie bat um Erläuterung. Des Weiteren sagte sie, dass der Bund bis zu 75 Prozent fördert und das Land dann aufstockt und fragte, ob das Land auf die 90 Prozent aufstockt. Sie begrüßte die Beschlussvorlage.

Herr Krüger antwortete, dass die Gesamtkosten aus zuwendungsfähigen Baukosten und nicht zuwendungsfähigen Baukosten bestehen. Er sagte, dass das, was zuwendungsfähig ist und vom Fördermittelgeber anerkannt wird, bis zu 75 Prozent gefördert wird und das Land auf die 90 Prozent aufstockt. Zu den 10 Prozent sagte er, dass dies Leistungen sind, die die Stadtwerke aufbringt und mit der Stadt nochmal eine Einigung über die Finanzierung stattfindet.

Frau Winkler fragte, ob Grüngleise in den Außenbereichen angedacht sind. Sie sagte, dass es Gummilippen gibt, die an den Gleisen angebracht werden können, damit die Radfahrer nicht mit den Reifen in die Gleise geraten und fragte, ob die Möglichkeit besteht diese anzubringen.

Herr Krüger antwortete zum Thema Grüngleise, dass der Aufwand hoch ist, aber an Stellen, wo die Möglichkeit besteht, Grüngleise geschaffen werden. Dies betrifft unter anderem die Paul-Suhr-Straße und die Elsa-Brandström Straße. Zum Anbringen von Gummilippe antwortete er, dass an Überwegen in Büschdorf und am Gimritzer Damm dies schon umgesetzt wurde, hier aber eine Schienenform als Kopfschiene vorausgesetzt wird und ein großer Aufwand besteht, da die Gummilippen alle paar Jahre gewechselt werden müssten. Bei einem Großteil der Straßenbahngleise in Halle handelt es sich um Rillenschienen, die eine solche Technologie nicht erlauben.

Frau Dr. Kreuzfeldt fragte, ob die Möglichkeit besteht den Radverkehr wieder zwischen den Schienen zu führen.

Herr Feigl merkte an, dass Detailfragen in späteren Beratungen besprochen werden und es heute nur um die Abstimmung zu dem Grundsatzbeschluss zum Stufenbeschluss zur Stufe 3 geht.

Herr Krüger antwortete, dass es einen Radschutzweg geben wird und ausreichend breite Fuß- und Radwege.

Frau Krimmling-Schoeffler regte an, dass, wenn wieder Radwege zwischen zwei Straßenführungen geführt werden, die Radwege farblich hervorgehoben werden.

Herr Krüger antwortete, dass dies gesetzlich nicht überall erlaubt ist aber eine Prüfung stattfinden wird.

Herr Streckenbach bezog sich auf die zugesandten Aspekte zum Stadtbahnprogramm Stufe 3 der CDU-Fraktion und bat um eine Beantwortung.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Aspekte an die HAVAG weitergeleitet wurden und Herr Krüger darauf eingeht. Er sagte, dass es um den Punkt 4.13, die Neubaustrecke

Industriestraße, vom Anhalter Platz zur Merseburger Straße am Knotenpunkt Industriestraße geht.

Herr Krüger antwortete, dass es hier um Abfahrtsignale an Knotenpunkten/an Verknüpfungspunkten/an Haltestellen geht und die Signalgebung hier aus der Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung hervorgeht. Er sagte, dass es ein neues rechnergestütztes Betriebsleitsystem (ITCS) gibt, indem jede Straßenbahn und jeder Bus über GPS geortet wird und ein Signal an bestimmten Punkten abgibt. Er sagte, dass es auch eine Mindestwartezeit für Fußgänger gibt und wenn der Fußgänger über 80 Sekunden wartet, das Signal automatisch abgebrochen wird, was auch die Straßenbahn betrifft. Er merkte an, dass es mit der Polizei, der unteren Verkehrsbehörde und dem Tiefbauamt noch Absprachen gibt. Zur Silberhöhe sagte er, dass es hier Überlegungen gibt, dass die Straßenbahnlinie Richtung Innenstadt führt und nicht Richtung Süden. Des Weiteren ist ein Gleisdreieck geplant.

Herr Sommer regte an, dass die besprochenen Themen rechtzeitig in die Ausschüsse kommen und mit den Bürgerinnen und Bürger darüber gesprochen wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl**, um die namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.5 Stadtbahnprogramm Halle (Saale) Stufenbeschluss zur Stufe 3 Vorlage: VII/2021/02401

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat bestätigt die dargestellten Einzelvorhaben als Bestandteil der Stufe 3 des Stadtbahnprogramms.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Nachhaltiges Bauen Vorlage: VII/2021/02498

Herr Feigl führte in den Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ein und bat um Zustimmung.

Herr Rebenstorf merkte an, dass die Verwaltung den Antrag ablehnt und verlas die Stellungnahme zu dem Antrag vom GB III, in Vertretung für Frau Dr. Marquardt.

Die Stellungnahme ist im Session hinterlegt.

Frau Krimmling-Schoeffler kann die Ablehnung nicht nachvollziehen, da es sich um eine Bundesrichtlinie handelt, die auf die kommunale Richtlinie runtergebrochen wird und das bestehende Konzept ergänzt wird.

**zu 5.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Premiumradroute
Saaleradweg - D 11 Route
Vorlage: VII/2021/02531**

Herr Eigendorf führte in den Antrag der SPD-Fraktion ein und zog den Antrag zurück. Er regte an, dass in den nächsten Planungsausschusssitzungen zu den einzelnen Maßnahmen detailliert berichtet wird, was zurzeit bearbeitet wird und was bereits vor der Umsetzung steht.

Herr Rebenstorf sagte zu, im September in der Planungsausschusssitzung darüber zu informieren.

**zu 5.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Premiumradroute
Saaleradweg - D 11 Route
Vorlage: VII/2021/02531**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Saale-Radweg im Stadtgebiet Halle soll detailliert im Bestand nach den Kriterien der ADFC Zertifizierung (u. a. Breite, Oberfläche, Verkehrssicherheit, Routenführung) erhoben werden. Gleichzeitig soll ein Wegweisungskonzept im Stadtgebiet Halle auf der Basis des bundesweit angewandten FGSV 245 entwickelt und bis 2023 umgesetzt werden. Ziel soll es sein, perspektivisch den Saale-Radweg mindestens auf das Niveau eines Vier-Sterne Radweges nach ADFC Kriterien zu verbessern. Die Bestandsaufnahme soll veröffentlicht werden, um die Motivation der Baulastträger zu erhöhen und Verbesserungen herbeizuführen. Es soll diesbezüglich eine Abstimmung mit den Landkreisen Burgenlandkreis, Saalekreis, und Salzlandkreis (entsprechend den Landkreisen der anderen D-Routen) erfolgen mit dem Ziel, für den gesamten Verlauf der D-Route in Sachsen-Anhalt ein einheitliches Konzept zu erstellen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Frau Dr. Ziegenbein zum Handlungskonzept Sozialer Zusammenhalt
Neustadt**

Frau Dr. Ziegenbein informierte zum Handlungskonzept „Sozialer Zusammenhalt“ – Neustadt anhand einer Präsentation.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Dr. Kreutzfeldt zum Ergebniss des Bürgerentscheids

Frau Dr. Kreutzfeldt sagte zum Votum des Bürgerentscheides, dass der jetzige Beschluss aufgehoben ist, aber nicht der Grundsatzbeschluss für die Schaffung einer autoarmen Altstadt und fragte, nach dem weiteren Verfahren.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es ein Präzedenzfall ist, dass ein Stadtratsbeschluss durch Bürger aufgehoben wird und er eine rechtliche Abstimmung mit der Kommunalaufsicht anstrebt. Er sagte, dass im ganzheitlichen Mobilitätskonzept darüber gesprochen werden muss, wie sich der Verkehr in der historischen Altstadt weiterentwickelt und dass die direkte öffentliche Beteiligung deutlich ausgebaut werden muss. Er sagte, dass eine finale Fassung in ungefähr einem Jahr erfolgt.

zu 8.2 Herr Sprung zum Waschsalon am Universitätsring 10

Herr Sprung merkte an, dass ein Waschsalon im Universitätsring 10, offenbar keine Lärmdämpfungen hat, sodass eine erhöhte Geräuschkulisse im Hinterhof besteht und die Anwohner belästigt. Er fragte, ob es für solche Art von Gewerbebetrieben Auflagen gibt, was die Schallemission angeht und wenn diese Auflagen bestehen, diese auch kontrolliert werden.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Dr. Ernst zur Bestandaufnahme Fußwege im Stadtgebiet

Herr Dr. Ernst sagte, dass die Verwaltung eine Evaluierung zum Zustand der Gehwege im Stadtgebiet ankündigte und fragte, wann mit Ergebnissen zu rechnen ist.

Herr Rebenstorf antwortet, dass dafür zwei Planstellen vorgesehen sind, welche aber noch nicht besetzt sind und daher hat eine Bestandaufnahme noch nicht stattgefunden. Er sicherte eine Information im Planungsausschuss zu, sobald die Bestandaufnahme erfolgt.

zu 8.4 Herr Schied zur Fahrradspur in der Bernburger Straße

Herr Schied merkte zur Bernburger Straße an, dass die Radspur vernachlässigt wurde und viele Schlaglöcher vorhanden sind. Er fragte, wann hier eine Erneuerung vorgenommen wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Radspur punktuell erneuert wurde, aber die finanziellen Mittel momentan nicht zur Verfügung stehen, da es ähnliche Straßen in der Stadt gibt, die ebenfalls saniert werden müssen. Er sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schied äußerte, dass er keine punktuelle Verbesserung auf der Radspur erkennen kann und bat um eine erneute Prüfung. Zur Geiststraße merkte er an, dass der Autogegenverkehr auf die Radfahrer zufährt, da den Autofahrern nicht bewusst ist, dass der Radverkehr zwischen den Schienen geführt wird. Er regte an, dass die Fahrradsymbole bei

Dunkelheit von den Autofahrern erkannt werden und darauf hingewiesen wird, dass Radfahrer im Gegenverkehr fahren.

zu 8.5 Herr Hartwig zur Stellplatzsatzung

Herr Hartwig fragte, wann die überarbeitete Stellplatzsatzung vorgelegt wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass im Planungsausschuss im Februar 2020 darüber informiert wurde und das Thema im Rahmen des ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes besprochen wird und eine Beschlussvorlage für den Stadtrat erfolgen wird.

zu 8.6 Herr Streckenbach zum Sanierungsbeginn der Regensburger Straße

Herr Streckenbach fragte, wann mit der Sanierung der Regensburger Straße begonnen wird und ob die Stadt beim Land weiteren Bedarf für den nächsten Abschnitt in der Regensburger Straße angemeldet hat, was die Zuweisung von Finanzmitteln betrifft.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.7 Herr Streckenbach zur Autoarmen Altstadt

Herr Streckenbach fragte, zum Thema Aufhebung des Beschlusses autofreie Altstadt, ob mit den Trägern öffentlicher Belange im Vorfeld Anhörungen stattfanden.

Herr Rebenstorf sagte, dass er mit der Kommunalaufsicht beraten wird, welche Teile des Beschlusses, in welchem Umfang weiterverwendet werden dürfen und welche nicht. Zur Öffentlichkeitsbeteiligung antwortete er, dass hier auch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange dazu gehört. Er sagte, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden kann, wie es weitergeht.

zu 8.8 Herr Streckenbach zur Bauausführung Kreuzung Merseburger Straße/ Kasseler Straße

Herr Streckenbach fragte, wann die Festlegung der Bauausführung der Kreuzung Merseburger Straße/ Kasseler Straße erfolgt und regte an, dass die neue Kreuzung so gestaltet wird, dass kein neuer Unfallschwerpunkt entsteht.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es diesbezüglich bereits den Variantenbeschluss gab und die Bauausführung anhand von vorgegebenen Regelwerken erfolgt, sodass kein Unfallschwerpunkt entstehen wird, da auch die nötigen Platzverhältnisse gegeben sind.

zu 8.9 Frau Dr. Kreutzfeldt zur Einhaltung von Verkehrsregeln

Frau Dr. Kreutzfeldt fragte, wie in den Straßen in der Altstadt/Innenstadt besser kontrolliert werden kann, dass die Verkehrsregeln und Parkregeln eingehalten werden.

Herr Rebenstorf regte an, dass die Fragen im nächsten Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung gestellt werden und dort von Herrn Teschner direkt beantwortet werden können.

Frau Winkler kritisiere ebenfalls die Fahrradstrecke Große Ulrichstraße in die Geiststraße und sagte, dass die Beschilderung und die Überwachung unzureichend ist.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Feigl** die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Datum: 07.07.21

Christian Feigl
Ausschussvorsitzender

Vanessa Gaebel
stellvertretende Protokollführerin